

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

09.03.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Klimastiftung: Sellering steigt aus</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.03.2023</i> .....	3
2   <b>Affäre um Klimastiftung – Merz fordert Schwesigs Rücktritt</b> <i>dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 08.03.2023</i> .....	5
3   <b>Kiew weist «Kompliment» nach Bericht zu Nord-Stream-Sprengung zurück</b> <i>dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 08.03.2023</i> .....	6
4   <b>Eon steht einer Reparatur der Pipeline Nord Stream 1 offen gegenüber</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 08.03.2023</i> .....	8
5   <b>Umgang mit radioaktiven Stoffen am AKW Brunsbüttel geregelt</b> <i>dpa-Landesdienst Nord, 08.03.2023</i> .....	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.03.2023 | S. 6

 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

 Gerald Kleine Wördemann

## OSTSEEPipeline Nord Stream 2

# Klimastiftung: SELLERING steigt aus

## Vorstand kündigt Rücktritt „in den nächsten Wochen“ an.

Die Tage von Erwin SELLERING (SPD) an der Spitze der umstrittenen Klimastiftung MV sind gezählt. Am Dienstag kündigte er in Schwerin den Rücktritt des dreiköpfigen Stiftungsvorstands „in den nächsten Wochen“ an.

Sobald er und seine Vorstandskollegen, der frühere CDU-Europaabgeordnete Werner Kuhn und die Greifswalder Unternehmerin Katja Enderlein, für den Jahresabschluss 2022 entlastet seien, räumten sie ihre Posten.

An der Sache soll sich nichts ändern: Auch ein neuer Vorstand habe keine andere Wahl, als die Stiftung weiterzuführen, erklärte Ex-Ministerpräsident SELLERING. Eine Auflösung, wie vom Landtag beschlossen, sei „rechtlich völliger Unsinn“, auch wenn die Landesregierung das anders sehe. Ein Ende der Stiftung sei erst dann möglich, wenn der Stiftungszweck weg falle, also wenn es nicht mehr möglich sei, Klimaschutzprojekte in MV durchzuführen. Andernfalls mache sich der Vorstand strafbar und könne wegen Untreue belangt werden. SELLERING sprach von „schlimmen Folgen“.

Der SPD-Politiker sagte, die Stiftung habe eine „prima Arbeit geleistet“. Trotz Hindernissen, wie dem vom Bildungsministerium verhängten Verbot, sich an Schulen zu betätigen. Viele Projekte in der Umwelt- und Klimabildung seien umgesetzt worden, so SELLERING. Er bekomme Rückmeldungen von Bürgern, die ihn darum bäten, weiterzumachen, nachdem sich mit dem russischen Angriff auf die Ukraine der Wind drehte - und die Stiftung mit der „allgemeinen Anti-Russland-Stimmung“ ins Abseits geriet. Er werde „erhobenen Hauptes aus dieser ehrenamtlichen Arbeit herausgehen“, sagte Werner Kuhn. Für seine ehrenamtliche Tätigkeit sei er geächtet und als „Kollaborateur“ beschimpft worden, auch in der eigenen Partei.

Im Streit um die Frage, ob die Stiftung schenkungsteuerpflichtig sei und knapp die Hälfte ihres Stiftungs-

vermögens ans Finanzamt überweisen müsse, bezog der dreiköpfige Noch-Vorstand Position. Es sei immer klar gewesen, dass das Stiftungskapital von 20 Millionen Euro zweckgebunden war, für die Umweltarbeit. Der Wirbel um die von einer Finanzamtsbeamtin verbrannten Steuerunterlagen sei „Lärm“, aber in der Sache offenbar nicht entscheidend. „Ich habe nie gehört, dass jemals über Schenkungssteuer geredet worden wäre“, sagte SELLERING über Gespräche mit Nord Stream 2 in der Anfangszeit.

Die Nord Stream 2-Gesellschaft stellte das Kapital für den formalen Stiftungszweck bereit. Getrennt davon liefen über einen wirtschaftlichen Teil der Stiftung die Aufträge für den Fertigbau der Gaspipeline, um Auftragnehmer vor den amerikanischen Sanktionen zu schützen. Geldgeber von Nord Stream 2 waren mehrheitlich der russische Gazprom-Konzern sowie BASF, Shell und Uniper. Kritiker sprachen damals - vor Russlands Angriff auf die Ukraine - von einem ökologischen Feigenblatt für die sowohl außen- als auch umweltpolitisch von Anfang an stark umstrittene Pipeline.


Olaf Scholz (SPD), damals noch Vizekanzler, habe SELLERING vor der Stiftungsgründung 2021 den Rücken gestärkt. Dieser Schritt sei wichtig, damit Deutschland seine Souveränität zeige, im Hinblick auf die US-Sanktionen, soll Scholz gesagt haben.

Mit der Gründung selbst hatte SELLERING nach eigenen Angaben nichts zu tun gehabt, sondern er sei später dazuberufen worden. Das Verhältnis zu Manuela Schwesig, die ihn als Ministerpräsidentin beerbt hat, sei „nach wie vor gut“. Es sei jedoch „falsch, zu behaupten, dass in den zurückliegenden zwei Jahren alles ohne Emotionen abgelaufen wäre.“

Der Streit, ob die Stiftung aufgelöst werden kann oder nicht, „ist ein sachlicher, kein persönlicher Konflikt“. Er bereue nichts, lautet SELLERINGS Botschaft. Der wirtschaftliche Betrieb der Stiftung war zum Septem-

ber 2022 eingestellt worden. Zur Frage, ob auch der Klimaschutz-Anteil aufgelöst werden kann, präsentierte Schwesig ein Gutachten, laut dem dies möglich sei.

Ein von SELLERING beauftragtes Gutachten kam - wenig überraschend - zum gegenteiligen Schluss.

 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 08.03.2023

## Affäre um Klimastiftung – Merz fordert Schwesigs Rücktritt

**Schwerin** (dpa/mv) - CDU-Chef Friedrich Merz hat im Zusammenhang mit der Affäre um die Klimastiftung in Mecklenburg-Vorpommern den Rücktritt von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) gefordert. «Wenn es um einen CDU-Mann ginge, wäre er längst nicht mehr im Amt», sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag der «Westfalenpost» (Donnerstag).

Schwesigs Rücktritt sei seit Monaten überfällig. «Was da passiert ist, ist ein unfassbarer Vorgang, bei dem aber alle Details nur schrittweise an die Öffentlichkeit kommen.» Jede Veröffentlichung mache die Sache nur schlimmer, denn Entlastendes sei nicht dabei. «Dass diese Stiftung immer noch besteht und dass der Amtsvorgänger (Erwin) Sellering nun einen offenen Clinch mit Frau Schwesig beginnt, zeigt doch, wie es dort auf SPD-Seite völlig aus dem Ruder läuft», sagte Merz. Er vermute, Schwesig werde sich nicht mehr

lange im Amt halten können.

Die Klimastiftung MV steht in der Kritik, da sie den Fertigbau der Gaspipeline Nord Stream 2 unterstützt hat. Der Bau der Pipeline wurde abgeschlossen, doch ging sie wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine nicht in Betrieb.

Der Generalsekretär der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Julian Barlen, warf Merz vor, von der eigenen Verantwortung abzulenken und sprach von «durchschaubaren Schmutzkampagnen». «Es war die Bundesregierung der CDU-Kanzlerin Angela Merkel, die über viele Jahre den Bau der Ostseepipeline unterstützt hat», sagte Barlen. Die CDU habe in ihrer Regierungsverantwortung die Stiftung Klima- und Umweltschutz maßgeblich mit auf den Weg gebracht. Die Stiftung war Anfang 2021 vom Land gegründet worden.

📄 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 08.03.2023

👤 Von André Ballin und Anja Semmelroch

## Kiew weist «Kompliment» nach Bericht zu Nord-Stream-Sprengung zurück

*Monate nach der Sprengung der Ostseepipelines ist ein verdächtiges Schiff aufgetaucht. Spekuliert wird über eine angebliche Spur in die Ukraine, doch Kiew dementiert heftig. Moskau sieht derweil seine Anschuldigungen gegen den Westen bestätigt.*

**Berlin/Brüssel/Moskau** (dpa) - Die Ermittler geben sich schmallippig. Nach Medienberichten, den Anschlag auf die Gasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in der Ostsee könnte eine proukrainische Gruppe verübt haben, teilte die Bundesanwaltschaft lediglich mit, ein verdächtiges Schiff sei durchsucht worden. Es bestehe der Verdacht, dass es zum Transport von Sprengsätzen verwendet worden sein könnte, die am 26. September 2022 an den Pipelines explodiert waren, teilte eine Sprecherin der Karlsruher Behörde am Mittwoch auf Anfrage mit.

Die Auswertung der sichergestellten Spuren und Gegenstände dauere an. «Die Identität der Täter und deren Tatmotive sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen», hieß es weiter. «Belastbare Aussagen hierzu, insbesondere zur Frage einer staatlichen Steuerung, können derzeit nicht getroffen werden.»

Die auf dem Ostseeboden von Russland nach Deutschland führenden Stränge von Nord Stream waren im Herbst leckgeschlagen. Schnell stellte sich heraus, dass die Detonation durch einen Sabotageakt hervorgerufen wurde. Doch wer dahinter steckt, ist bis heute offen.

Eilig machten sich daher beide Seiten dafür verantwortlich. Kremlchef Wladimir Putin, der im Februar 2022 den Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hatte, beschuldigte Amerikaner und Briten, den Anschlag verübt zu haben, um Russland zu schaden. Im Westen wiederum wurde eine Aktion unter falscher Flagge vermutet, auch weil Russland zu dem Zeitpunkt schon kein Gas mehr durch die Ostsee nach Europa lieferte.

Nun haben Medienberichte Bewegung in die Angelegenheit gebracht. So berichteten ARD, SWR und die «Zeit», dass eine Yacht von einer Firma mit Sitz in Polen angemietet worden sei, welche «offenbar zwei

Ukrainern gehört». Dabei handelt es sich wohl um das von der Bundesanwaltschaft untersuchte Schiff. Ein sechsköpfiges Team, bestehend aus einem Kapitän, einer Ärztin, zwei Tauchern und zwei Tauchassistenten habe den Sprengstoff damit zu den Tatorten gebracht, so die These. Welche Nationalitäten diese Leute hätten, sei unklar. Sie hätten offenbar gefälschte Pässe verwendet.

Bundespolitiker wollten sich nicht zu den Berichten äußern. Sowohl Verteidigungsminister Boris Pistorius als auch Außenministerin Annalena Baerbock warnen vor voreiligen Schlussfolgerungen in dem heiklen Fall.

Kiew bemühte sich derweil umgehend, den Verdacht zu entkräften, in den Fall verwickelt zu sein: Dass ukrainischen Spezialkräften so ein Einsatz zugetraut wird, sei «eine Art Kompliment», sagte Verteidigungsminister Olexij Resnikow am Mittwoch am Rande eines informellen Treffens mit seinen EU-Amtskollegen in Schweden. «Aber das ist nicht unser Tätigkeitsfeld.» Die Story sei schräg, weil sie nichts «mit uns» zu tun habe. Schon zuvor hatte der Berater im ukrainischen Präsidentenbüro, Mychajlo Podoljak, jedwede Beteiligung an dem Sabotageakt zurückgewiesen.

Für Kiew sind die Vorwürfe heikel. Klar ist, dass die Ukraine von Anfang an gegen das Gasleitungsprojekt war. Moskau hatte Nord Stream ja hauptsächlich konzipiert, um die Ukraine als Transitland bei der Belieferung Europas mit Erdgas auszuschließen. Streit um Durchleitungsgebühren und den stets auch politisch gefärbten Gaspreis für die Ukraine hatte es vor Nord Stream schließlich schon jahrelang gegeben. Wenn dann mitten im Winter wegen des Zanks der Gashahn abgedreht wurde, zitterte Europa stets mit.

Nord Stream bedeutete für die Ukraine den Verlust von Milliardenereinnahmen und militärischer Sicherheit. An

einem möglichen Motiv Kiews, die Ostseepipeline zu sprengen, gibt es daher wenig Zweifel. Bisher allerdings galt solch eine Aktion als hoch kompliziert und ukrainische Spezialkräfte einfach nicht als professionell genug für so eine Sabotage.

Eher wäre in dem Fall neben der CIA der russische Geheimdienst in Frage gekommen. Auch für Russland gibt es durchaus ein Motiv: Zwar ist der Schaden an den Pipelines immens, doch der Gaspreis stieg nach Bekanntwerden des Anschlags noch einmal stark in die Höhe. Und ausgerechnet ein Strang von Nord Stream 2 soll bei dem Anschlag zumindest so weit heil geblieben sein, dass er nach Angaben aus Moskau einsatzfähig wäre. Bis zuletzt hatte der Kreml die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 forciert, selbst nachdem Gazprom die mit westlichen Turbinen betriebene Schwesterleitung Nord Stream 1 schon abgeschaltet hatte. Dass Berlin wegen des russischen Angriffs

auf die Ukraine die Einschaltung verweigerte, wurde in Moskau verärgert aufgenommen.

Dass die jetzigen Spekulationen Russland vorläufig entlasten, hat Moskau daher mit Genugtuung registriert und zur Erneuerung seiner Vorwürfe genutzt. Solche Informationen würden von denjenigen gestreut, «die im Rechtsrahmen keine Untersuchungen führen wollen und versuchen, mit allen Mitteln die Aufmerksamkeit des Publikums abzulenken», schrieb die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

Auch Sacharowa glaubt dabei offenbar nicht an die ukrainische Spur. Sie behauptete einmal mehr, dass westliche Regierungen hinter dem Vorfall steckten, die nun zu den russischen Anfragen offiziell Stellung nehmen müssten. Der Streit geht damit in die nächste Runde.

 Ostsee-Zeitung.de | 08.03.2023 RND/dpa WEBLINK

## Eon steht einer Reparatur der Pipeline Nord Stream 1 offen gegenüber

*Ende September wurden die Erdgaspipelines Nord Stream 1 und 2 durch Sabotage fast vollständig zerstört. Der deutsche Energiekonzern Eon ist an der Betreibergesellschaft von Nord Stream 1 beteiligt. Eine Reparatur der Leitung kann sich das Unternehmen offenbar vorstellen.*

**Essen/Düsseldorf.** Der an der zerstörten Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 beteiligte Energiekonzern Eon kann sich eine Reparatur der Leitungen vorstellen.

„Eine Reparatur der Leitungen wäre anspruchsvoll und würde die Klärung vieler Fragen erfordern: technisch, kommerziell und rechtlich. Eon geht davon aus, dass ein potenzieller Beschluss für oder gegen die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit von Nord Stream 1 im Shareholder Committee der Nord Stream AG getroffen werden würde“, sagte ein Eon-Sprecher am Mittwoch der Düsseldorfer „Rheinischen Post“. In dem Gremium sei Eon über seine Minderheitsbeteiligung vertreten.

Die Betreibergesellschaft Nord Stream AG habe den Anteilseignern bisher keinen Vorschlag für oder gegen die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Leitungsstränge zur Entscheidung vorgelegt, sagte der Sprecher weiter. Die Betreibergesellschaft untersuche und analysiere weiterhin die Schadenslage. Auch Eon sei an Aufklärung interessiert.

**Energiekonzern Eon ist an Nord Stream AG betei-**

**ligt**

Eon ist mit 15,5 Prozent an der Nord Stream AG beteiligt. Die Beteiligung steht nach mehreren Abwertungen seit Ende September mit 100 Millionen Euro in den Büchern. Mehrheitsgesellschafter ist der russische Staatskonzern Gazprom.

Ende September waren nach Explosionen nahe der dänischen Ostsee-Insel Bornholm insgesamt vier Lecks an den beiden Erdgaspipelines Nord Stream 1 und 2 von Russland nach Deutschland entdeckt worden. Die schwedischen Sicherheitsbehörden hatten im November festgestellt, dass es sich um schwere Sabotage gehandelt habe - ohne jedoch einen Schuldigen zu benennen.

ARD, SWR und die „Zeit“ hatten am Dienstagabend über neue Erkenntnisse der Ermittler berichtet. Dort hieß es unter Berufung auf geheimdienstliche Hinweise, eine pro-ukrainische Gruppe könnte für die Explosionen verantwortlich sein. Beweise dafür, wer diese in Auftrag gegeben habe, seien bislang aber nicht gefunden worden.

 dpa-Landesdienst Nord | 08.03.2023

## Umgang mit radioaktiven Stoffen am AKW Brunsbüttel geregelt

**Kiel** (dpa/Ino) - Das schleswig-holsteinische Energieministerium hat eine Genehmigung für den Umgang mit radioaktiven Stoffen im Abfall-Lager am stillgelegten Atomkraftwerk Brunsbüttel erteilt. Das Material stammt aus Betrieb und Abbau des Kraftwerks oder ist bisher in sogenannten Transportbereitstellungshallen gelagert. «Der heutige Tag ist ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg hin zu einem atomfreien Schleswig-Holstein», sagte Minister Tobias Goldschmidt (Grüne). «Es gilt als Nächstes, die Anforderungen aus der Genehmigung umzusetzen, so dass bald Reststoffe und Abfälle auch tatsächlich eingelagert werden können.»

Mit dem nun genehmigten ersten Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Schleswig-Holstein werde sichergestellt, dass die radioaktiven Abfälle vom Rückbau des Kraftwerks sicher zwischengelagert würden, bis sie in ein Endlager gehen - laut Bundesgesellschaft für Endlagerung soll ab 2027 die Einlagerung in die Schachtanlage Konrad in Salzgitter beginnen.

Die Genehmigung für das Abfall-Lager in Brunsbüttel gilt zunächst für 40 Jahre und kann verlängert werden. Sie endet früher, sollten keine radioaktiven Abfälle mehr vorhanden sein. Der Abbau eines Atomkraftwerks dauert 15 bis 20 Jahre.